

**Niederschrift zur 4. Sitzung des Beirates am Montag, dem 16. September 2019
um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack,
Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen**

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 20.55 Uhr

Vorsitzender: Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Hellmann

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der 2. Niederschrift zur Sitzung vom 15. August 2019 und der 3. Niederschrift zur Sitzung vom 19. August 2019
3. Bebauungsplan 1246 – Oeversberg
Was hat sich geändert? Ergebnisse des runden Tisches.
4. Bebauungsplan 1299 – Science Park
Beteiligung des Beirates Vegesack als Träger öffentlicher Belange
5. Abgabe einer Stellungnahme zur baulichen Anpassung der P & R – Anlage am Bahnhof Aumund
6. Besetzung von Ausschüssen
Ausschuss für Bildung, Kinder, Jugendliche und deren Familien
Vorschlag der SPD
Ausschuss für Soziales, Prävention und Integration
Vorschlag der SPD
Neu: Wahl eines Mitglieds für den Controlling Ausschuss
7. Anträge und Anfragen der Parteien
8. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
9. Mitteilungen des Beiratssprechers / der Beiratssprecherin
10. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Marvin Mergard
Eyfer Tunc
Gordon Wirth
Wilfried Sulimma
Heike Sprehe
Jannik Michaelsen
Gabriele Jäckel

Dr. Stephan Schlenker
Michael Alexander
Andreas Kruse
Ulrike Baltrusch-Rampf
Hans-Albert Riskalla
Klaus Bless
Torsten Bullmahn
Günter Kiener

Es fehlen:

Christoph Schulte im Rodde
Kyra Behrje

Gäste:

Herr Schreckenber	Schreckenber und Partner
Herr Mosel	M-Projekt
Herr Hafke	BBN
Herr Donaubauer	BBN
Herr Langer	JUB

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Presse sowie die Gäste. Er stellt fest, dass die Einladung den Mitgliedern des Beirates fristgerecht zugegangen ist. Die Tagesordnung wird mit einer kleinen Änderung unter TOP 6: Wahl eines Mitglieds für den Controlling Ausschuss genehmigt.

Weiter teilt Herr Dornstedt mit, dass Frau Tunc nun ihren Austritt aus der SPD schriftlich mitgeteilt hat. Sie wird nun weiterhin dem Beirat parteilos angehören.

Des Weiteren hat die SK mitgeteilt, dass Herr Kiener weiterhin mit beratender Stimme in den Ausschüssen teilnehmen darf. Diese Prüfung hatte die FDP beantragt. Dies gilt ebenfalls für Frau Tunc.

Im Bereich der Schönebecker Aue gibt es einen Wanderweg. Dieser Weg ist seit dem 19.4.19 gesperrt, weil dort ein Steg marode ist. Der Umweltbetrieb hatte die Baufälligkeit festgestellt. Das Ortsamt hatte dem Umweltbetrieb angeschrieben und aufgefordert die Brücke zu sanieren. 5 Monate hat es gedauert um dem Ortsamt mitzuteilen, dass der Umweltbetrieb nicht zuständig sei, sondern das ASV. Daraufhin wurde das ASV gebeten die Brücke instand zu setzen. Das ASV hat ebenfalls geantwortet, dass sie dafür nicht zuständig seien. Die Senatorische Behörde wurde daraufhin angeschrieben, mit der Bitte um Klärung wer denn nun zuständig sei. Hierzu liegt dem Beirat ein Dringlichkeitsantrag in den Mappen.

21.09.2019 Gartenfest im TiQ, ab 14 Uhr, Apoldaer Straße

Gedenkveranstaltung am 09.11.2019 zur Reichspogromnacht, 17 Uhr auf dem Jacob-Wolff-Platz.

Das Spielschiff wird saniert und Ostern 2020 fertig sein.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Es liegen drei schriftliche Anträge vor:

Frau Nowack beantragt, in der Ludwig-Jahn-Straße die Geschwindigkeitsmessanlage aufzustellen. Die Aufstellung zu übernehmen ist ihr leider selber nicht möglich.

Frau Renken beschwert sich darüber, dass die Autos direkt an der Ecke Lerchenstr./Jan-von-Harten-Str. parken. Es ist schon öfter zu „Beinah“ Unfällen gekommen. Die Straße ist durch das Zuparken schlecht einsehbar. (Kunden vom Friseur??) Auch der Wendekreis sei ständig zugeparkt. Sie fragt nach, ob man ein Halteverbot dort einrichten kann bzw. die Straße auch als Spielstraße ausgewiesen werden kann.

Herr Puls beklagt sich über die Zustände am Fährkiosk und in Vegesack insgesamt. Er beantragt die Ausweisung von Alkohol- und Rauchfreien Zonen in Vegesack.

Herr Jung beantragt für die Hermann-Wegener-Straße folgendes:

- 1,5 m Fahrbahnmarkierung (Sperrfläche straffiert) auf der Straße anbringen links neben Ausfahrt Haus Nr. 8 und gegenüber Garage von Haus Nr. 5 im unteren Teil an der Abbiegung zur Wilhelm-Ahrens-Str. Begründung: Beide Einfahrten werden häufig zugeparkt - diverse Anzeigen führten nicht zum gewünschten Erfolg, sondern zu besprühter Hauswand.
- Straße nur für Anlieger freigeben, da die Straße von vielen Fahrdiensten etc. als lautstarke Abkürzung genutzt wird, obwohl der Weg um die Grohner Düne herum nur 250 Meter länger ist.
- Unterstützung bei der Klärung der Umstände und Durchführung von Verbesserungen im Spielplatzbetrieb in Zusammenarbeit mit Herrn Aumann vom Amt für Soziale Dienste.

- Aufgaben von Polizei und Ordnungsamt schärfen! Wahrnehmung: Die Polizei will nicht mehr eingreifen z.B. bei nicht berechtigter Nutzung des Spielplatzes, Lärmbelastung, aggressiv pöbelnde Kinder etc.
- zukünftige Entwicklung des Stadtteils rund um die Hermann-Wegener-Straße
- Ausbau der Eingliederung von Familienclans und Großfamilien sowie Zigeuner in unsere Gesellschaft. Diese leben fernab unserer Gesellschaft nach eigenen Regeln.

Frau Nerger, Anwohnerin in der Ludwig-Jahn-Str.: Die Anwohner wurden in einem Zeitungsartikel von der Kommunalpolitik und den Behörden als Kinderfeindlich hingestellt. Angeblich wurden die Grundstückseigentümer von den Anliegern unter Druck gesetzt, ihr Grundstück nicht an einen KITA-Investor zu verkaufen. Diese Anschuldigungen sind völlig aus der Luft gegriffen. Die Anwohner sind nicht gewillt als Kinderfeindlich dargestellt zu werden! Die Anwohner erwarten vom Beirat und der Behörde eine glaubhafte, öffentliche Entschuldigung.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der 2. Niederschrift zur Sitzung vom 15. August 2019 und der 3. Niederschrift vom 19. August 2019

Die Niederschriften werden wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Bebauungsplan 1246 – Oeversberg

Was hat sich geändert? Ergebnisse des runden Tisches

Herr Dornstedt berichtet, dass es zwei Runde Tische gab, die den Prozessverlauf gemeinsam mit den Vereinsvertretern und unter Beteiligung des Sportamtes und des Senators für Wirtschaft strukturiert haben.

Weiter gab es zwei Beiratsbeteiligungen. In der einen Sitzung wurde der die JUB aufgefordert, verbindlich auf die eine Hälfte des Oeversbergs zu verzichten. In der zweiten Sitzung hat die JUB dann erklärt, dass die JUB gegenüber der Stadt Bremen den endgültigen Verzicht auf die Optionsfläche am Oeversberg verkündet hat. Dem Sport sollte eine verlässliche Perspektive geboten werden.

Daraufhin hat der Beirat den Senator für Wirtschaft und Häfen sowie das BBN aufgefordert, im ersten Quartal 2019 zu einem Runden Tisch einzuladen. Diese erfolgten am 26.03.2019 und 28.08.2019.

Herr Hafke teilt den Anwesenden mit, dass es eine Lösung für den Oeversberg gibt und alle Beteiligten stimmen dem zu. Architekten haben nun ein Konzept zur Gestaltung des Oeversbergs erstellt. Der Plan sieht einen Kunstrasenplatz sowie eine BMX Bahn vor, die entwicklungsfähig ist. Weiter muss nun das Planungsrecht hergestellt werden. Die JUB kann sich eine Planung auf dem Science Gelände vorstellen und somit können die Flächen getauscht werden. Die Bedingungen des Tausches sind vertraglich zu fixieren. Im November/Dezember sollen alle Fragen zum Planungs- und Vertragsrecht geregelt werden. Die Finanzierung muss ebenfalls noch bei den Ressorts geklärt bzw. beantragt werden. Für die Bauplanung müssen Planungsmittel beantragt werden, die abhängig von den Baukosten sind. Kostenschätzungen werden bis Ende des Jahres der Deputation vorgelegt.

Neben dem Runden Tisch soll gleichzeitig eine frühzeitige Bürgerbeteiligung stattfinden, mit den Ergebnissen aus dem runden Tisch.

Der Bebauungsplan Entwurf ist ein Vorentwurf. Der alte Plan sah eine andere Entwicklung vor und war mit alten Festsetzungen behaftet.

Herr Hafke stellt den Anwesenden die Planung anhand einer Skizze kurz vor. Auf der linken Seite werden die Sportflächen geplant, auf der Ostseite befindet sich die zwei Hektar große Baufläche der JUB. Dazwischen liegt eine Ausgleichsfläche. Derzeit sieht die Ausgleichsfläche

aus wie ein Wald. Planungsrechtlich ist es kein Wald, sondern eine Sportfläche auf der 15 Jahre lang was gewachsen ist. Nach dem Waldgesetz ist es leider schützenswerter Wald. Zwei Varianten wurden beim Runden Tisches vorgestellt. Erste Variante ist den Wald dort zu belassen, und die Sport- und Baufläche für die JUB nebeneinander zu legen. Dann würde es allerdings Probleme mit dem Lärmschutz geben, da kein Abstand gewährleistet werden kann. Deshalb war die zwei Variante so, dass in die Waldfläche hineingegangen wird. Der Lärmschützer hat weiter 6 Tennisplätze ohne Einschränkung bewertet. 4 Tennisplätze werden aber nur gebraucht. Im oberen Bereich liegt noch eine Bauzone die für eine Sportnutzung geeignet ist (Boulder-Halle). 66 Stellplätze sind ebenfalls eingeplant.

Herr Kiener erkundigt sich, ob für den Wald eine Ausgleichsfläche gefunden werden muss. Weiter fragt er, ob an einem Kunstrasenplatz festgehalten wird. Denn aus der Presse konnte man entnehmen, dass Kunstrasenplätze zurück gebaut werden, wegen des Kunststoffgranulats.

Herr Hafke bestätigt, dass für den Wald eine Ausgleichsfläche geschaffen werden muss. Für den Kunstrasenplatz sieht das Sportamt keine Gefahr, denn die neuen Anlagen werden mit Sand aufgefüllt.

Herr Bullmahn erkundigt sich, ob die 66 Stellplätze für die Erweiterung ausreichen werden.

Herr Hafke antwortet, dass bei Großveranstaltungen die JUB mit Stellflächen aushelfen würden. Herr Langer bejaht die Frage.

Herr Riskalla möchte wissen, ob die JUB ihre Planungskosten selber tragen muss. Und ist das „blaue Dorf“ nun auch in die Ausgleichsfläche mit aufgenommen worden?

Herr Hafke antwortet, dass das „blaue Dorf“ den Science Park Teil II betrifft (BP 1293). Und die JUB selber für Ihre Planungskosten aufkommen muss.

Herr Michaelsen fragt nach, ob der Sportlärm im Planungsrecht festgeschrieben wird.

Herr Hafke antwortet, dass über Grenzwerte mit dem Lärmgutachter schon besprochen wurde und ein Bestandschutz für den „alten“ Teil besteht. Lediglich die neue Tennisanlage musste neu geprüft werden. BMX ist in der Regel nicht laut, und für Großveranstaltungen werden anders berechnet.

Herr Dr. Schlenker ist der Meinung, dass der Verlust der Vereinsmitglieder ausgeglichen werden muss. Das heißt, dass was jetzt gebaut werden soll, muss so erfolgen das alle zufrieden sind. Deshalb ist es genauso wichtig die Skateranlage wiederaufzubauen. Außerdem muss für ausreichend Fahrradstellplätze gesorgt werden.

Herr Kruse erkundigt sich, ob das Osterfeuer an dieser Stelle dann Geschichte ist.

Herr Dornstedt antwortet, dass nach der Aufstellung eines Kunstrasenplatzes kein Osterfeuer mehr stattfinden kann. Der Funkenflug würde den Kunstrasenplatz in Mitleidenschaft ziehen.

Herr Kasper bedankt sich, dass an einem Runden Tisch dieses Verfahren ermöglicht wurde. Es war eine gute Atmosphäre, mit einem guten Ergebnis. Der Sport konnte seine Vorschläge einbringen. Sie sind zwar nicht alle berücksichtigt worden, aber der erreichte Zwischenschritt ist gut und kann von den Vereinen getragen werden. Er bitte den Beirat darauf zu achten, dass die Haushaltsmittel hierfür frühzeitig beantragt werden.

Herr Dornstedt antwortet, dass der Beirat bereits am 04. April den Senat aufgefordert hat, für die Realisierung der Maßnahme Gelder bereit zu stellen. Weiter teilt Herr Dornstedt zur

Skateranlage mit, dass eine Reparatur nicht möglich ist, weil der Unterbau zu marode ist. Kosten in Höhe von ca. 25.000 EUR sind hierfür veranschlagt worden.

Der Beschluss des Beirates Vegesack vom 04. April 2019 wird nochmals bekräftigt:

- **Haushaltsmittel für die Sanierung und Neubau erforderlicher Sportflächen auf dem Oeversberg bereit zu stellen.**

Weiter wird einstimmig beschlossen:

- **Der Beirat Vegesack begrüßt die Ergebnisse der runden Tische und fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die Senatorin für Soziales, Integration und Sport und die Jacobs University Bremen auf, die erforderlichen Haushaltsmittel für die Detailplanung und die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen bereitzustellen.**
- **Ein dritter öffentlicher runder Tisch soll im Rahmen einer Einwohnerversammlung im Bauleitplanverfahren, möglichst noch in 2019 stattfinden. Das Planungsrecht ist verbindlich anzupassen, und die zur Realisierung erforderlichen Verträge sind zu schließen.**
- **Der Beirat Vegesack ist an den weiteren Planungen zu beteiligen.**
- **Die Teilnehmer des runden Tisches haben sich einstimmig zur vorgestellten Rahmenplanung vom 28.08.2019 zur Neugestaltung des Oeversberg bekannt. Diese Rahmenplanung soll als Grundlage für die weitere Ausarbeitung des zukünftigen Bebauungsplan 1246 Oeversberg und für die Befassung der Fachdeputationen der beteiligten Resorts und des Senats zur Finanzierung der benötigten Planungsmittel dienen.**

Die Rahmenplanung zur Neugestaltung des Oeversberges zeigt die zukünftige Neuordnung der Gesamtfläche in eine moderne zukunftsfähige Sportanlage im Westen und eine städtebaulich integrierte 2 ha umfassende Baufläche für die Jacobs University auf der Ostseite des Oeversberg.

Zur Umsetzung der Rahmenplanung ist ein neuer Bebauungsplan für den Oeversberg (Bebauungsplan 1246) erforderlich. Für die Bereitstellung von Erweiterungsflächen für die Jacobs University im Norden an der Steingutstraße sind die geltenden Bebauungspläne 1299 und 1293 (Science Park) zu ändern und die notwendigen Verträge zwischen der JUB und dem Land Bremen über die erforderlichen Grundstücksgeschäfte zur Umsetzung dieser Lösungen auf dem Oeversberg und den Flächen des ehemaligen Science Park abzuschließen.

Es wird gebeten die Festschreibung im Bebauungsplan anzumelden für den Bereich der JUB zur universitären Zwecken.

Herr Mühlner schlägt vor, die Diskussion über die Skateranlage bis zum nächsten Runden Tisch auszusetzen. Da Skateranlagen in der jetzigen Form nicht mehr gebaut werden.

Tagesordnungspunkt 4

Bebauungsplan 1299 – Sciencepark

Beteiligung des Beirates Vegesack als Träger öffentlicher Belange

Herr Hafke berichtet den Anwesenden, dass für den Bebauungsplan 1299 das Planungsrecht noch fehlt. Das Planungsrecht wurde nun angepasst. Gebäude für den Bau von Colleges wurden eingezogen bzw. in der Höhe verändert. Weiter ist eine Grüne Achse durch das Grundstück gezogen, die durch die Öffentlichkeit nutzbar ist.

Herr Kiener ist der Meinung, dass auch für die vorhandene „Waldfläche“ eine Ausgleichsfläche erhalten muss. Weiter möchte er wissen, was mit der Altbebauung passiert.

Herr Hafke antwortet, dass die Altbebauung der nächste Schritt in der Änderung sein wird. Derzeit wird Teil A besprochen. Die Altbebauung wird im Teil B behandelt. Dennoch muss später alles zusammen passen.

Frau Sprehe findet die Idee des Grünzugs sehr gut. Es wird das Gelände auf jeden Fall aufwerten. Weiter erkundigt sie sich, wo die Grenze des BP 1299 liegt. Die Frage wäre dann nämlich, ob man nicht die Fläche des Blauen Dorfes jetzt schon mit in die Planung einbezieht.

Herr Donaubaier teilt mit, dass die Fläche des blauen Dorfes etwas zeitverzögert in ein vergleichbares Verfahren aufgenommen wird. Unter der Berücksichtigung, dass das blaue Dorf bis 2022 bestehen bleiben kann.

Herr Michaelsen fragt, ob die neue Bebauung der Colleges auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Herr Langer antwortet, dass auf dem Gelände der JUB eine sichere Situation herrscht. Die kann nur dann gewährleistet sein, wenn es eine Campus Universität ist. Deshalb muss das bei allen Neubauten der Colleges Anwendung finden. Die Zuwegung wird von der JUB unterstützt, da sie zum Gesamtbild der Uni passt.

Der Beirat Vegesack beschließt eine Anpassung des ehemaligen Science Parks an die Baustrukturen des Campus Stammgeländes der Jacobs University Bremen im Süden, wie vorgelegt und in der heutigen Beiratssitzung vorgestellt.

- 5. Min Pause

Tagesordnungspunkt 5

Abgabe einer Stellungnahme zur baulichen Anpassung der

P & R – Anlage am Bahnhof Aumund

Herr Schreckenbergh berichtet über den rechtsgültigen BP 1569. Derzeit wird auf dem Gelände alles abgerissen. Der BP umfasst die Fläche des Investors, wo eine Senioren Residenz entsteht sowie zwei weitere Gebäude die Dienstleistungen, kleines Wohnen und ein Ärztehaus beinhalten sollen. Im Zuge dieses BP Verfahrens ist entschieden worden, dass die P&R Anlage eine zusätzliche Nebenanlage erhalten soll bzw. umgebaut werden soll.

Noch ist die Straße keine öffentliche Verkehrsfläche, sondern eine P&R Fläche, die der Farge-Vegesacker-Eisenbahn gehört. Damit in Zukunft die Erschließung dieses hinten liegenden Gebäudes sichergestellt ist, ist es notwendig, dass die Straße öffentlich gewidmet wird. Es werden ca. 25 P&R Stellplätze bereitgestellt. Um die nördliche Nebenanlage herstellen zu können, wird es eine Eigentumsübertragung vom Investor an die Stadt Bremen geben. Die Grünflächen sind derzeit im Eigentum der FVE. Auch diese werden anschließend in öffentliche Hand gegeben, damit eine öffentliche Verkehrsfläche entstehen kann.

Herr Sulimma erkundigt sich, ob die Fahrradstellplätze bleiben werden.

Herr Schreckenbergr bejaht die Frage.

Frau Sprehe teilt mit, dass sich der Beirat schon mal einem weiblichen Namen für die Benennung der neuen Straße suchen kann.

Herr Mosel fügt nochmal hinzu, dass hinter dem Wendehammer ein Fahrrad- und Fußweg bis zur Bahnschranke verläuft. Der befindet sich auch im Eigentum der FVE und soll an die Stadt übertragen werden. Das ASV weigert sich allerdings Fahrrad- und Fußwege zu übernehmen. Insofern wird der Weg übertragen (Verfahren BP Teichquartier), wo auch der Weg um den See geplant ist. Die Übertragung kann leider erst später erfolgen.

Herr Wirth möchte wissen, ob Nutzer der FVE auch auf den Parkplätzen vor dem Ärztehaus parken könnten, wenn der P&R Parkplatz voll sein sollte.

Herr Schreckenbergr bejaht die Frage, da es öffentliche Besucherstellplätze sind.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack stimmt der vorgelegten Planung einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 6

Besetzung von Ausschüssen

Durch den Parteiaustritt von Frau Tunc müssen nun drei Ausschüsse neu besetzt werden.

Ausschuss für Bildung, Kinder, Jugendliche und deren Familien
Vorschlag der SPD

Die SPD schlägt Herr Sulimma vor.

Ausschuss für Soziales, Prävention und Integration
Vorschlag der SPD

Die SPD schlägt Frau Jäckel vor.

Controlling Ausschuss
Vorschlag der SPD

Die SPD schlägt Frau Jäckel vor.

Der Beirat stimmt den Vorschlägen, bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme, zu.

Tagesordnungspunkt 7

Anträge und Anfragen der Parteien

Dringlichkeitsantrag: Brücke Schönebecker Aue

Die Dringlichkeit wurde einstimmig festgestellt.

Der Antrag wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, unverzüglich die Haushaltsmittel für den Ersatz der seit April 2019 wegen Baufälligkeit gesperrten Brücke im Schönebecker Auetal bereitzustellen und den erforderlichen Auftrag ebenso unverzüglich zu erteilen.

Im April 2019 wurde die genannte Brücke wegen Baufälligkeit und der dazu gehörende Wanderweg im Schönebecker Auetal gesperrt. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau teilte dem Ortsamt aufgrund einer Anfrage aus April 2019 im September 2019 mit, dass für diese Maßnahme nicht mehr der Umweltbetrieb Bremen, sondern das Amt für Straßen und Verkehr aufgrund der höheren Sachkompetenz im Bereich Brückenbau zuständig sei. Das Amt für Straßen und Verkehr vielmehr verwies die Zuständigkeit auch im September 2019 an den Umweltbetrieb.

Auf Nachfrage durch den Ortsamtsleiter teilte das zuständige Referat im Umweltressort mit, dass der Wechsel der Zuständigkeit zwar beschlossen aber noch nicht abschließend verfügt worden sei. Im Übrigen seien noch keine Mittel zum Amt für Straßen und Verkehr geflossen. Eine Reparatur könne unabhängig davon derzeit wegen mangelnder Haushaltsmittel weder vom Umweltbetrieb noch vom Amt für Straßen und Verkehr durchgeführt werden.

Antrag: Betreuter Taubenschlag

Der Antrag der CDU Fraktion wird einstimmig beschlossen. Weiter wird die Ergänzung des Antrages der FDP-Fraktion bei 5 Gegenstimmen ebenfalls beschlossen.

Beschluss:

Der Vegesacker Beirat fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf:

In Zusammenarbeit mit dem Bauamt Bremen-Nord nach einem geeigneten Standort für einen öffentlichen Taubenschlag im Bereich des Vegesacker Bahnhofsvorplatzes zu suchen und diesen einzurichten.

Gespräche mit erfahrenen Akteuren aus dem Tierschutzwesen zu führen, um eine dauerhafte und gute Versorgung des Taubenschlags zu gewährleisten.

Tauben sind als Kulturfolger ein fester Bestandteil unseres Stadtbildes in Bremen und prägen dieses seit vielen Jahren. Um das Auftreten von Problemen und Konflikten durchwachsende Taubenpopulation zu vermeiden und um ihnen ein artgerechtes Leben in den Stadtteilen zu ermöglichen, sind Maßnahmen zur Kontrolle der Taubenpopulation unverzichtbar.

Die Tierschutzbeiräte aller Bundesländer stimmen darin überein, dass die früher üblichen Methoden des strikten Fütterungsverbots, des Anbringens von Abwehrrichtungen und des Tötens der Tiere weder ihr Ziel erreichen noch mit den Vorgaben des Tierschutzes – bezüglich des Staatszieles nach Artikel 20a GG – vereinbar sind.

Eine Neuorientierung im Verhältnis zwischen Menschen und Stadtauben ist daher dringend geboten. Der erste Ansatzpunkt für dieses Vorgehen ist die Herstellung des richtigen Verhältnisses von Futterangebot, Anzahl der Nistplätze und der Größe der Taubenpopulation.

Im Koalitionsvertrag der Bremer Regierung für die 20. Regierungsperiode wird die Errichtung von Taubenschlägen nach Augsburger Modell genannt. Der Bremer Tierschutzverein hat in Zusammenarbeit mit der SWB bereits einen öffentlichen Taubenschlag eingerichtet. Auch in Bereich des Vegesacker Bahnhofsvorplatz nimmt die Population unkontrolliert zu.

Deshalb ist auch hier Abhilfe zu schaffen und ein betreuter Taubenschlag zu errichten.

Weiter wird der Senator für Inneres aufgefordert, im Stadtteil Vegesack das vorsätzliche und fahrlässige Füttern von verwilderten Tauben bzw. das Auslegen von Futter- und Lebensmittel, die von Tauben erfahrungsgemäß aufgenommen werden, außerhalb von betreuten Taubenschlägen zu verbieten und Zuwiderhandlungen als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld und für den Wiederholungsfall mit einem erheblichen Bußgeld zu bewehren.

Jugendbeirat

Gemeinsamer Antrag des Beirates Vegesack:

Der Beirat Vegesack empfiehlt perspektivisch die Einrichtung und die damit verbundene demokratische Wahl eines Jugendbeirates oder einer Jugendkonferenz. Federführend bei der Umsetzung der Jugendbeiratswahl wird der Ausschuss für Bildung, Kinder, Jugendliche und deren Familien sein. Das Ortsamt sichert zu, einen entsprechenden Entwurf der Wahlordnung zu fertigen. Wahlordnungen aus anderen Stadtteilen werden den Mitgliedern des Fachausschusses zur Verfügung gestellt.

Wahlberechtigt sollen alle Jugendlichen sein, die ihren Wohnsitz seit mindestens drei Monaten im Stadtteil Vegesack haben oder hier zur Schule gehen, mindestens 14 Jahre alt sind und das 19. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Die Vorbereitung zur Wahl eines Jugendbeirates oder einer Jugendkonferenz erfolgt unter maßgeblicher Beteiligung der Jugendlichen. Hierzu sollen vom Ortsamt organisierte Informationsveranstaltungen an Schulen und Jugendeinrichtungen stattfinden.

Der Beirat Vegesack bewilligt aus den ihm zur Verfügung stehenden Globalmitteln für das Jahr 2020 einen Betrag in Höhe von 10.000 € für die Finanzierung eigener Projekte. Die Rahmenbedingungen für die Vergabe von Globalmitteln sind einzuhalten.

Eine regelmäßige Jugendbeteiligung in der Beiratsarbeit erfordert neben der inhaltlichen Arbeit im Stadtteil eine kontinuierliche und regelmäßige Begleitung und Betreuung durch Personal. Zudem fallen finanzielle Mittel an, etwa durch das regelmäßige Durchführen von Jugendbeiratswahlen sowie für die inhaltliche Arbeit des Jugendbeirates. Der Beirat sieht daher die Notwendigkeit, dass ein regelmäßiges Budget für die Arbeit des Jugendbeirates und damit für die Jugendbeteiligung im Stadtteil zusätzlich zu den Globalmitteln zur Verfügung gestellt werden muss, um diese Arbeit auch in Zukunft sicherstellen zu können. Für eine dauerhafte Umsetzung der Jugendbeteiligung im Stadtteil wird die Bereitstellung eines Budgets in Höhe von € 10.000,00 benötigt.

Der Beirat Vegesack fordert deshalb die Senatskanzlei sowie die Bremische Stadtbürgerschaft auf, bei der Aufstellung des Haushaltes 2020 / 21 finanzielle Mittel für die Arbeit des Jugendbeirates – im Sinne der Jugendbeteiligung – zusätzlich zu den Globalmitteln in Höhe von 10.000 € zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Gemeinsamer Antrag: Sauberkeit des Stadthauses

Der Beirat Vegesack fordert die Wirtschaftsförderung auf, den bereits am 24.04.2018 gestellten Antrag zeitnah und in vollem Umfang umzusetzen. Das Ortsamt sowie der Beirat sind vom zeitlichen Ablauf und den getätigten Umsetzungen zu unterrichten.

Begründung:

An der Situation hat sich seit der ersten Antragsstellung nichts geändert. Der Eingangsbereich des Stadthauses befindet sich in einem sehr schlechten optischen Zustand. Die im Antrag gestellten Forderungen sind nicht umgesetzt worden, sind aber für ein öffentliches Stadthaus, welches die Behörden präsentieren, von enormer Bedeutung.

Beschluss vom 24.04.2018:

Der Beirat Vegesack fordert die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) auf, die regelmäßige Reinigung und Umgestaltung im Eingangsbereich vor dem Stadthaus Vegesack vorzunehmen. Ein Alkoholverbot ist möglichst unmittelbar vor dem Stadthaus und in der Eingangshalle im Erdgeschoss (EG) des Stadthauses durchzusetzen.

Der Unterstand für die Einkaufswagen vor dem Nettomarkt sollte aus optischen Gründen auf die linke Seitenfront des Netto Verbrauchermarktes versetzt werden, damit ein gesamt offenes sowie angenehmes Erscheinungsbild entsteht.

Die Hinweistafel vor dem Stadthaus muss ebenfalls inhaltlich sowie optisch überarbeitet und gereinigt werden.

Begründung:

Der Eingangsbereich des Stadthauses ist alles andere als einladend für den öffentlichen Publikumsverkehr. Die Steine und Wände weisen starke Verschmutzungen verschiedenster Arten auf. Müll, bzw. Zigarettenkippen und Flaschen prägen täglich äußerst negativ den Eingangsbereich.

Der jetzige Zustand des Eingangsbereiches des Stadthauses ist so nicht repräsentativ.

Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Anfrage Mindestlohn

Welche Unternehmen aus dem Ortamtbereich Vegesack sind bekannt, die sich aus welchen Gründen (bitte nach Gründen aufschlüsseln) nicht an den gesetzlichen Landesmindestlohn von 11,13 Euro halten?

Anfrage Schule Fährer Flur

Sind nach nunmehr fünf Jahren Wartezeit Projekte für den Standort der Schule Fährer Flur, der provisorischen Kindertagesstätte Fährer Flur sowie die Sporthalle Ludwig-Jahn-Str. ausführungsfähig geplant und wann beginnt die konkrete Umsetzung der Pläne (gemeint ist hier der Beginn der Bautätigkeit)?

Die beiden Anfragen wurden vom Beirat zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 8

Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Querungshilfe Friedrich-Klippert-Straße

Das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) teilt mit, dass der Baubeginn der Querungshilfe in der Friedrich-Klippert-Straße seitens des ASV für Ende September 2019 geplant ist.

Die Bemühungen zur Abstimmungen der Arbeiten mit dem privaten Investor, der Grand City Property, waren nicht erfolgreich. Der dortige Ansprechpartner war nicht erreichbar und auf E-Mails erfolgte keine Rückmeldung. Planung und Ausschreibung der Maßnahme sind mittlerweile abgeschlossen, so dass der Umsetzung nichts mehr im Weg steht.

Das ASV wird daher mit dem Bau der Querungshilfe beginnen. Da derzeit nicht bekannt ist ob und wann Arbeiten an den privaten Nebenanlagen in Höhe der Ladenzeile der Grohner Düne stattfinden werden und eine Erneuerung des öffentlichen Gehwegs technisch nicht notwendig ist, wird dieser Teil der Maßnahme gemäß einer internen Abstimmung nicht umsetzen. Der Gehweg weist keine Beschädigungen auf und befindet sich in verkehrssicherem Zustand, sodass aus wirtschaftlichen Gründen auf eine Erneuerung verzichtet wird.

Tagesordnungspunkt 9

Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Bullmann wird die Anliegen aus der Bürgersprechstunde dem Beirat demnächst zur Verfügung stellen.

Frau Sprehe würde gerne ein Feedback zum Termin mit der Senatorin zur NordWestBahn hören.

Herr Bullmann antwortet, dass er an diesem Tag leider verhindert war und keinen Vertreter entsenden konnte.

Tagesordnungspunkt 10

Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Herr Dr. Schlenker fragt nach einem W-LAN Zugang im Sitzungssaal.

Frau Hellmann antwortet, dass das W-LAN schon zur Verfügung steht. Sie erklärt wie man sich einloggen kann. Herr Sulimma würde sich über eine kleine schriftliche Anleitung freuen. Diese wird Frau Hellmann dem Beirat zur Verfügung stellen.

Herr Kruse teilt mit, dass von der Vegesacker Kirche kommend Richtung Vegesacker Radstudio eine Laterne defekt sei.

Herr Bullmann berichtet, dass während des Loggermarktes Kinder auf dem Spielschiff spielten, da zwei Zaunelemente fehlten.

Weiter teilt er mit, dass der Zugang zum alten Ortsamt nicht optimal ist. Der Weg ist schlecht zugänglich.

Herr Kiener ist über die Summen für das Spielschiff (320.000 EUR) und die Mülleimer (150.000 EUR) sprachlos. Bevor der Beirat demnächst etwas beschließt, sollten dem Beirat Kostenvoranschläge vorgelegt werden.

Die Sitzung wird um 20.55 Uhr geschlossen.

Dornstedt
Vorsitzender

Hellmann
Schriftführerin

Bullmann
Beiratssprecher